

# Eine nachhaltige und sichere Energiepolitik

Die SPD steht für eine sichere und nachhaltige Energiepolitik: Wir setzen auf einen breiten Energiemix auf der Basis aller Energieträger, konsequentes Energiesparen und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.

## 1. Für uns gilt: Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie!

Ein Wiedereinstieg in die Atomenergie ist ökologisch und ökonomisch nicht verantwortbar:

- ▶ Atomkraftwerke produzieren Strom und keine Wärme. Atomenergie somit in einen Zusammenhang mit der Wärmeversorgung durch Gas zu bringen, ist irreführend.
- ▶ Beim Uran als Brennstoff für Atomkraftwerke ist Deutschland wie bei keinem anderen Energieträger zu 100 % ausschließlich auf den Import angewiesen.
- ▶ Uran ist weiterhin der Brennstoff, der zeitlich die am meisten begrenzte Verfügbarkeit besitzt. Aufgrund der aktuellen Nutzungspläne und einer realistischen Reichweitenprognose kann man von einer noch gegebenen Nutzungsdauer von ca. 30 bis 40 Jahren, max. aber 65 Jahren ausgehen. Aufgrund der zunehmenden Knappheit wird dies auch zu einer Verteuerung führen.
- ▶ Vor dem Hintergrund der gewachsenen terroristischen Bedrohungslage ist die Atomenergie auch sicherheitspolitisch nicht zu vertreten. Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit wären nur zu garantieren, wenn man insgeheim wieder auf die Brütertechnologie oder gar die Plutoniumwirtschaft setzen würde.
- ▶ In Deutschland gibt es kein Endlager für Atom Müll. Dazu fehlt bisher die Klarheit über konzeptionelle und sicherheitstechnische Fragen. Der Konsens mit den Energieversorgern bietet die Möglichkeit in einem pluralistischen Prozess wissenschaftlich fundierte Endlagerkriterien festzulegen.
- ▶ Der Klimaschutz als Argument pro Atomkraft vergisst die ausschließliche Produktion von Strom durch AKWs. Eine ernsthafte Betrachtung der CO<sub>2</sub> Emissionen müsste die Atomenergie plus Wärmeerzeugung mit anderen modernen Technologien vergleichen.
- ▶ Ebenso führt das Stichwort „Strompreise“ in der Diskussion nicht weiter. Die Versorgungsunternehmen haben bereits im Bundestagswahlkampf bestätigt, ihre Energiepreise nicht von einer Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke abhängig zu machen.
- ▶ Die Energieversorger haben mit ihrer Unterschrift dem Ausstieg aus der Atomenergie selbst zugestimmt, die Politik muss die handelnden Unternehmen deshalb ernst nehmen.

### Im Koalitionsvertrag steht:

- „Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen bei der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb werden die zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und die in der Novelle des Atomgesetzes getroffenen Regelungen nicht geändert.“ (Originaltext Koalitionsvereinbarung)

## 2. Energiepolitische Strategien

Die SPD hält an einer sicheren und nachhaltigen Energiepolitik fest, die aufbaut auf einem ausgewogenen Verhältnis von Versorgungssicherheit, stabilen Strompreisen und den internationalen Klimaschutzzielen. Es braucht nicht nur eine Ablehnung des Ausbaus der Atomenergie, sondern gleichzeitig auch eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige energiepolitische Strategie.

### Deshalb wollen wir:

- die Importabhängigkeit bei der Energieversorgung durch erneuerbare Energien und Energieeinsparung senken sowie die verbleibende Importabhängigkeit durch langfristige Verträge und Diversifizierungen bei Brennstoffen und deren Importeuren kalkulierbar gestalten
- die Stromnetze öffnen, den Ausbau der Schnittstellen zu anderen europäischen Stromnetzen sowie die Anreizregulierung zu mehr Wettbewerb im deutschen Stromnetz weiter umsetzen
- die erneuerbaren Energien im Strom- und im Wärmebereich ausbauen, um diese preiswerter und wettbewerbsfähiger zu machen

Die derzeitigen energiepolitischen Ziele der Bundesregierung sind deutlich: Bis 2020 sollen 20 % der Stromversorgung und 10 % des gesamten Energieverbrauches durch Erneuerbare Energien gewonnen sowie die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppelt werden.

## 3. Energieeinsparung und Energieproduktivität

Die wichtigste Strategie der kommenden Jahre ist die Energieeinsparung. Wettbewerbsfähigkeit und Standortauswahl für Investitionen werden immer stärker durch die Frage nach dem Energieeinsatz pro Einheit des Bruttosozialproduktes bestimmt. Wirtschaftsförderung heißt somit auch eine ambitionierte Umweltpolitik auf dem Energiesektor zu betreiben.

Die umweltfreundlichste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Einsparpotenziale gibt es schon heute:

- 30-40 % des Energieverbrauches der Industrie könnten mit der heute verfügbaren Technik zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen eingespart werden
- Enorme Einsparpotenziale gibt es auch im Bereich der Wohngebäude, denn 75 % der Wohnungen wurden vor der ersten Energiesparvorschrift 1979 gebaut.
- In privaten Haushalten kann durch eine technisch modernere Ausstattung der Heizungsanlagen oder durch die Beseitigung von Leerlaufverlusten durch energiefressende Stand-by-Schaltungen ebenso zur Energieeinsparung beigetragen werden. Dadurch könnte auf die Kapazität von zwei bis drei Kernkraftwerken verzichtet werden.

Zentraler Indikator ist neben der Einsparung auch die Energieproduktivität.

- Mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und geringere Gebühren für die Nutzung der Stromnetze führen zu vernünftigen Strompreisen.
- Investitionen im Bereich der Energieversorgung müssen beschleunigt werden, um so eine Optimierung der Netze im Bereich von Strom und Gas sicher zu stellen.
- Die Modernisierung der bestehenden Kraftwerke zur Verbesserung des jeweiligen Wirkungsgrades muss von den Energieversorgungsunternehmen vorangetrieben werden. Ein wichtiger Motor dafür ist der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie.

**Wir setzen auf eine nachhaltige und sichere Energiepolitik!**